

Vorwort

Die «kurdische Frage» spielt nach wie vor für die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten eine zentrale Rolle. Ohne Lösung der kurdischen Frage wird es keine demokratische Entwicklung und keine dauerhafte Friedensperspektive für die bezeichnete Region geben. Eine Lösung im Interesse der kurdischen Bevölkerung geht über kulturelle Zugeständnisse hinaus und wird nur im Rahmen einer grundlegenden gesellschaftlichen Demokratisierung, auf der Basis von weitestgehender Basisbeteiligung und Selbstverwaltungsstrukturen und gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum möglich sein. Zur Realisierung dieser Voraussetzungen bedarf es nicht nur des Widerstandes gegen das Fortbestehen kolonialer Unterdrückung, sondern der Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen, die über die Forderung des «Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes» hinausgehen und auch die soziale Emanzipation auf die Tagesordnung setzen.

Am 15. August 1984 begann der bewaffnete Kampf in den kurdischen Gebieten der Türkei. Die «Arbeiterpartei Kurdistans» (PKK) setzte an der besonderen Unterdrückung der Kurden an und war nicht mehr bereit, den Kampf um die Rechte der kurdischen Bevölkerung – wie viele Linke in der Westtürkei – anderen politischen Schwerpunkten unterzuordnen. Im Kampf um die Rechte der Kurden sah die PKK vielmehr den Kernpunkt des Kampfes für eine andere soziale Ordnung in der Türkei. Trotz verschärfter Repression des türkischen Staates mit Dorfzerstörungen und Vertreibungen mit dem Ziel der Zerstörung der sozialen Basis der Guerilla konnte die türkische Armee bis heute die kurdische Befreiungsbewegung militärisch nicht besiegen. Doch auch der PKK gelang es auf der militärischen Ebene nicht, einen Sieg für sich zu erringen. Im Bewusstsein der internationalen Öffentlichkeit schien der Dauerkonflikt in Kurdistan angesichts der beschriebenen Pattsituation fast in Vergessenheit zu geraten.

Krieg und Besatzung im Irak, die veränderte Stellung des Iran als Regionalmacht, der EU-Beitrittsprozess der Türkei, die gestiegene energiepolitische Bedeutung der Türkei – all dies sind Ereignisse und Entwicklungen, die der kurdischen Frage erneut internationale Aufmerksamkeit geschenkt haben. Im Mittelpunkt stehen dabei der Ausbau und die Rolle der kurdischen Autonomieregion im Nordirak sowie die Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen der kurdischen Befreiungsbewegung und dem türkischen Staat unter der islamisch-konservativen AKP-Regierung. Auch für die kurdische Freiheitsbewegung haben sich in diesem Kontext viele neue strategische Fragen ergeben. Mit der Regierungsübernahme durch die AKP haben

sich die Machtverhältnisse in der Türkei verschoben. Außerdem hat die Bedeutung der Türkei als prowestliche regionale Ordnungsmacht mit der Ankündigung eines Teilrückzugs der US-Truppen aus dem Irak zugenommen. Dazu kommt die besondere Bedeutung der Türkei bei der Sicherung der Transitwege für bestehende und geplante Öl- und Gaspipelines, die alle durch kurdisches Gebiet führen. Voraussetzung dafür, die geplante Rolle als regionale Großmacht tatsächlich umsetzen zu können, ist eine Eindämmung des kurdischen Widerstandes gegen die neokoloniale und neoliberale Politik und deren sozialen, ökologischen und repressiven Auswirkungen für die Bevölkerung.

Die Ankündigung einer «kurdischen Initiative» und «demokratischen Öffnung» durch die türkische Regierung seit Sommer 2009 wurde in der Türkei wie im Ausland als hoffnungsvoller Ansatz für eine positive Veränderung in der kurdischen Frage gewertet. Ob diese Erwartungen berechtigt sind, wird sich letztlich daran messen, ob es sich tatsächlich um ein ernsthaftes Lösungskonzept oder lediglich um ein Befriedungskonzept zur besseren Umsetzung der wirtschaftlichen, strategischen und militärischen Interessen der USA, der EU und nicht zuletzt der Türkei selber handelt. Trotz Interessenskollisionen im Einzelnen besteht bei den Regierungen der benannten Akteure sowie allen Staaten mit kurdischem Bevölkerungsanteil doch in einem Punkt Einigkeit: Ziel ist die Zerschlagung der fortschrittlichen Teile der kurdischen Bewegung. Lediglich über den Weg dahin bestehen taktische Unterschiede. Im Mittelpunkt der Angriffe gegen die kurdische Freiheitsbewegung steht dabei die PKK, deren politische Strömung in allen Staaten mit kurdischem Bevölkerungsanteil vertreten ist, die mit ihrer Guerilla über erfahrene bewaffnete Verteidigungskräfte und vor allem in den kurdischen Gebieten der Türkei über eine Massenbasis unter der Bevölkerung verfügt. Der Kampf der kurdischen Befreiungsbewegung hat zu einem alle Lebensbereiche erfassenden politischen Aufbruch geführt, der aktuell eine Ausstrahlungskraft hat, die weit über die kurdischen Gebiete in der Türkei hinausgeht. In den letzten Jahren haben sich zahlreiche zivile Strukturen herausgebildet, die sich nicht nur als Teil der Befreiungsbewegung verstehen, sondern ihr Selbstverständnis dahingehend erweitert haben, sich auch als Teil einer internationalen Bewegung gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu begreifen. Die Losung «Wir wollen frei sein und Kurden sein» wurde zwischenzeitlich verbunden mit der gemeinsamen Losung der weltweiten Bewegung gegen Krieg und neoliberale Globalisierung: «Eine andere Welt ist möglich!» In den kurdischen Gebieten der Türkei sind als Ausdruck dieser Entwicklung politische Parteien wie die – im Dezember 2009 vom türkischen Verfassungsgericht verbotene – Partei für eine demokratische Gesellschaft DTP und ihre Nachfolgerin Partei für Frieden und Demokratie BDP,

kommunale Selbstverwaltungsprojekte und Gewerkschaftsstrukturen entstanden. Gleichzeitig haben sich eine aktive Frauen- und Jugendbewegung herausgebildet, die heute zu den wesentlichen Stützen des Widerstandes gehören und den Kern vieler Mobilisierungen bilden. Diese Entwicklung und ihre politische Dimension für die fortschrittlichen Kräfte in der Türkei und der Region insgesamt haben eine neue Ebene der Auseinandersetzung geschaffen und für die kurdische Bewegung neue Bündnismöglichkeiten eröffnet.

In der politischen Auseinandersetzung in Deutschland wird in der Regel so getan, als handle es sich bei der «kurdischen Frage» um ein entferntes Randthema. Doch die «kurdische Frage» ist auch hier längst zu einer politischen Herausforderung geworden, die verlangt, Position zu beziehen.

In der BRD leben weit über eine halbe Million Menschen kurdischer Volkzugehörigkeit mit persönlicher Verbundenheit zu den kurdischen Regionen in der Türkei, Syrien, Iran und dem Irak. Die überwiegende Mehrheit kommt aus den kurdischen Gebieten der Türkei. Sie sind im Rahmen der Arbeitsmigration, durch Heirat und Familienzusammenführung oder als politische Flüchtlinge in die BRD gekommen. In der öffentlichen Wahrnehmung über «die Kurden» dominieren vor allem Vorurteile, die durch die Schlagworte Terrorismus, Extremismus oder Ehrenmord geprägt sind. Die PKK wird als Hindernis bei der Suche nach einer friedlichen Lösung dargestellt. So wird suggeriert, der Konflikt dauere deswegen an, weil die PKK bisher einer Entwaffnung der Guerilla nicht zugestimmt und den bewaffneten Kampf nicht grundsätzlich eingestellt hat. Immer wieder wird in den Medien das Bild einer völlig isolierten Organisation bemüht, die den Rückhalt in der Bevölkerung längst verloren habe. Dem steht auch in der BRD eine ungebrochene Mobilisierungsfähigkeit zu Demonstrationen und Kulturfestivals mit teilweise Zehntausenden von Teilnehmenden entgegen, die Zweifel an der offiziellen Darstellung wecken müsste.

Die BRD gehört zu den engsten Verbündeten der Türkei, unabhängig davon, wer gerade das Land regiert. Auch Militärputsche haben nichts an dieser engen Brüderschaft geändert, die ja immer auch eine Waffenbrüderschaft war. Panzer und andere Militärtechnik aus Deutschland werden bis heute zur auch grenzüberschreitenden Aufstandsbekämpfung in den kurdischen Gebieten eingesetzt. Die ökonomische und militärische Unterstützung der Türkei haben ganz entscheidend zur Dauer sowie Art und Weise der Kriegsführung der türkischen Armee gegen die kurdische Befreiungsbewegung beigetragen. In der BRD wird mit dem PKK-Verbot, aber auch mit der zunehmenden Verweigerung der Flüchtlingsanerkennung für verfolgte Kurden die Unterdrückungspolitik der türkischen Regierung in ergän-

zender Weise fortgeführt. Die Meinungsbildung durch Regierung und Medien erfolgt unter dem Blickwinkel der Vorgaben der türkischen Regierung und ist Teil der Aufstandsbekämpfung. Die Türkei gilt als wichtiger NATO-Partner. Kommt es einmal zur beantragten Aufnahme der Türkei in die EU, geht die Außengrenze der EU mitten durch kurdisches Gebiet. Die benannten Aspekte sind nur die offensichtlichsten Gesichtspunkte, die uns die ferne kurdische Frage letztlich doch so nahe kommen lassen.

Das vorliegende Buch ist keine Geschichte Kurdistans oder der bisherigen Aufstände in den verschiedenen Teilen Kurdistans. Dazu wurde bereits viel von anderen Autoren geschrieben. Das Buch beginnt mit einem kurzen Abriss über die Entstehung der kurdischen Frage nach der Neuordnung des Nahen- und Mittleren Ostens zu Ende des Ersten Weltkrieges und einigen exemplarischen Schicksalstagen der kurdischen Nation. Dann liegt der erste Schwerpunkt auf der Entstehungsgeschichte der Arbeiterpartei Kurdistans PKK in den 1970er Jahren und den Lehren, die die PKK-Gründungsmitglieder aus dem Scheitern bisheriger Aufstandsbewegungen in Kurdistan zogen. Es folgt die politische und programmatische Entwicklung der PKK von der Aufnahme des bewaffneten Kampfes in den 1980er Jahren über den Aufstieg zur Massenbewegung in den 90er Jahren und der völligen politischen Neuorientierung nach der Gefangennahme ihres Vorsitzenden Abdullah Öcalan 1999. Im Mittelpunkt unserer Untersuchung steht weiterhin die aktuelle politische Entwicklung in der Türkei und der kurdischen Freiheitsbewegung unter den seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA und der Regierungsübernahme der AKP in der Türkei 2002 veränderten internationalen und nationalen Rahmenbedingungen. Der Kampf gegen die PKK wurde nach den Anschlägen vom 11. September 2001 vom türkischen Staat, den USA und der NATO in den allgemeinen «Antiterrorkampf» eingeordnet. Die fortdauernden militärischen Operationen des türkischen Militärs in den kurdischen Gebieten erhielten dadurch eine neue «Legitimation». Der Terrorismusbegriff wird immer weiter gefasst. Es genügt bereits in einer der vielen kurdischen zivilgesellschaftlichen Strukturen mitzuarbeiten, von denen die Regierung und Justiz annehmen, dass sie mit der PKK in Verbindung stehen, um in Verhaftungsgefahr zu kommen. Trotz der Ankündigung einer «neuen Kurdenpolitik» durch die AKP-Regierung gehen die militärischen Operationen in den kurdischen Gebieten ebenso weiter wie die Massenverhaftungen von Aktivistinnen und Aktivisten der Partei für Frieden und Demokratie BDP, der Frauenbewegung und der Gewerkschaften.

Die kurdische Befreiungsbewegung hat seit Ende der 1990er Jahre auf programmatischer wie organisatorischer Ebene weitreichende Veränderungen vor-

genommen, eine neue Bündnispolitik eingeleitet und die Schaffung strategischer Spielräume in Angriff genommen. Diese Entwicklung der PKK ist bisher kaum zur Kenntnis genommen worden. Die wenigen vorliegenden Publikationen zum Thema enden bei der geschichtlichen Darstellung der Entwicklung der PKK nach der Verschleppung und Verurteilung Abdullah Öcalans mit dem Jahr 2000. Anlässlich des Türkei-Schwerpunktes bei der Frankfurter Buchmesse 2008 sind zwar eine Vielzahl neuer Publikationen erschienen, die sich jedoch hauptsächlich mit Fragen der EU-Perspektive für die Türkei unter einer AKP-Regierung und dem neu verorteten Konflikt zwischen Kemalismus und Islam auseinandersetzen. Die kurdische Frage spielte dabei höchstens eine Nebenrolle. Es ist unser Anliegen, die Informationslücke hinsichtlich der Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung zu schließen und die Bedeutung der zivilen kurdischen Selbstorganisation, der Frauenbewegung und die Zuspitzung der gewerkschaftlichen Kämpfe gegen die neoliberale Politik in der Türkei für die weiteren Perspektiven herauszuarbeiten. Vor diesem Hintergrund findet eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Lösungsoptionen für die «kurdische Frage» statt.

Unsere Analyse erfolgt unter dem Blickwinkel der Anerkennung der berechtigten Interessen der kurdischen Bevölkerung. Wir wollen mit dem vorliegenden Buch jenseits des Totschlagarguments «Terrorismus» oder der kritiklosen Unterstützung der PKK einen neuen Zugang zur «kurdischen Frage» erarbeiten, und so dazu beitragen, einen anderen Blick auf die kurdische Freiheitsbewegung zu eröffnen. So hoffen wir, einen längst überfälligen Diskussions- und Handlungsprozess in den sozialen Bewegungen, der Antikriegsbewegung und den Solidaritätsbewegungen im Internationalismusbereich in Gang zu bringen. Es ist unserer Meinung nach notwendig, sich von alten Einschätzungsmustern zu lösen und die politische Entwicklung der kurdischen Befreiungsbewegung und ihre neue Bedeutung für eine fortschrittliche Entwicklungsperspektive in der Türkei wie im Nahen und Mittleren Osten zur Kenntnis zu nehmen. In diesem Zusammenhang spielt der frauenemanzipatorische Anspruch in den letzten Jahren eine immer wichtigere Rolle. Gerade die Entwicklung in diesem Bereich führte Schritt für Schritt zu wahrnehmbaren entscheidenden Veränderungen im Alltagsleben. Die kurdischen Frauen repräsentieren aktuell den dynamischsten Teil der Bewegung und sind ein wichtiges Faustpfand gegen neoliberale und religiöse Anpassungstendenzen.

Es wird heute hinsichtlich der Türkei oft von einem Land im Wandel gesprochen. Die Frage ist, für wen und in welchem Sinne sich das Land wandelt und ob es gelingt in diesem Prozess eine «Zeitenwende» in der «kurdischen Frage» einzuleiten.

Nikolaus Brauns / Brigitte Kiechle, März 2010